

# oö Informiert

Nr. 1, 2018

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



**Wohnbauförderung**  
Landesregierung  
Oberösterreich



**„Ihre Kinder  
werden wachsen -  
Ihre Zinsen  
nicht! „**

## Der **Wohnbaukredit** des Landes für Häuslbauer

**1%**  
20 Jahre

[www.land-oberoesterreich.gv.at](http://www.land-oberoesterreich.gv.at)



### **Wohnen:**

**Fixzinskredit  
mit 1%**

Seite 3

### **Ried:**

**27. traditioneller  
Aschermittwoch**

Seite 6-7

### **Wels:**

**Drogen in  
SP-Lokal**

Seite 11

### **Regierung:**

**„Familien-  
bonus Plus“**

Seite 14



Koalition setzt auf Nichtraucherschutz und Wahlfreiheit der Gastronomie anstelle rot-grüner Entmündigungspolitik.

## Nichtraucherschutz nach „Berliner Modell“

*SPÖ und Grüne, die zuvor jeden FPÖ-Vorschlag zu mehr direkter Bürgermitbestimmung abgeschmettert haben, instrumentalisieren das „Nicht-raucher-Volksbegehren“ für parteipolitische Zwecke – der ORF und andere „Qualitätsmedien“ applaudieren. Dabei will die Koalition das dort von Rot-Rot eingeführte „Berliner Modell“ übernehmen. Die FPÖ hält an der geplanten Aufhebung des Rauchverbots in der Gastronomie fest. „Das derzeit laufende Volksbegehren für ein Rauchverbot ist zu respektieren, die Anliegen sind legitim. Für uns Freiheitliche gilt aber trotzdem, was wir mit der ÖVP im Regierungsprogramm ausgemacht haben“, erklärte FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus das weitere Vorgehen der Koalition. Denn dafür seien FPÖ und ÖVP von den Österreichern ja gewählt worden.*

### ■ Das „Berliner Modell“

Für Gastronomen soll es in der Frage Nichtraucherlokal oder Lokal mit Raucherbereich weiterhin Wahlfreiheit geben. 2009 wurde in der deutschen Bundeshauptstadt das „Berliner Modell“ von der SPD-geführten Koalition mit Stimmen der Linkspartei eingeführt. Dieses ermöglicht es Gastronomen – wie schon im bisher geltenden Gesetz in Österreich – einen extra ausgewiesenen, völlig vom Nichtraucherbereich abgetrennten und geschlossenen Nebenraum für Raucher einzurichten. In der getränkegeprägten Kleingastronomie, wenn die Grundfläche des Gastraumes weniger als 75 Quadratmeter beträgt, kann ein Berliner Gastronom sein Lokal als Raucherlokal deklarieren. Personen unter 18 Jahren ist der Zutritt allerdings nicht gestattet.

Zu orten ist derzeit „eine gewisse Stimmungsmacherei“ gegen die Regierungsvorhaben, insbesondere aber gegen die Umsetzung der Wahlversprechen der Freiheitlichen wie eben die Wahlfreiheit für Gastronomen in der Nichtraucherdebatte. Die FPÖ werde auch am Aus-

bau der direkten Demokratie, wie er im Regierungsübereinkommen festgelegt ist, festhalten. Die Bürgerbeteiligung ist der FPÖ ein großes Anliegen. Eine ver-

pflichtende Volksabstimmung nach einem erfolgreichen Volksbegehren wird entsprechend dem Regierungsprogramm ab 2021 eingeführt.

### Die FPÖ hält ihr Wahlversprechen: Das Rauchverbot in der Gastronomie wird aufgehoben.

*Die Österreicher haben auch deshalb den Freiheitlichen ihre Stimme gegeben. Das wurde auch mit der ÖVP im Regierungsprogramm ausverhandelt. Respektiert wird das derzeit laufende Volksbegehren. Niemand spricht diesem Anliegen die Legiti-*

*nimit. Dazu gehört auch der Jugendschutz. In Oberösterreich gilt ab kommenden Jahr, dass Tabakwaren erst ab 18 gekauft und konsumiert werden dürfen. Ziel ist es, dass Jugendliche gar nicht mehr mit dem Rauchen beginnen. Der FPÖ geht es um eine*



### Wahlversprechen wird umgesetzt

*mation ab. Aber für die FPÖ gilt, was mit der ÖVP ausgemacht wurde: Die Gastronomen sollen im punkto der Frage Nichtraucherlokal oder Raucherbereich im Lokal weiterhin die Wahlfreiheit haben.*

*Das bedeutet nicht, dass die FPÖ den Nichtraucherschutz nicht ernst*

*Lösung für freie, mündige Bürger und Steuerzahler einerseits und andererseits um freie, mündige Gastronomen. Niemand wird gezwungen in ein Raucherlokal oder in einen Raucherbereich zu gehen. Die Gastronomen erhalten völlige Handlungsfreiheit, denn sie können entscheiden, ob oder wo in ihrem Lokal geraucht werden darf.*

**Eigenheimförderung:****„Ihre Kinder werden wachsen - Ihre Zinsen nicht!“**

Seit 1. Jänner 2017 gibt es in Oberösterreich einen starken Anreiz, doch auf die Wohnbauförderung zurückzugreifen. Ein einzigartiges Finanzierungspaket wurde gemeinsam mit der Hypo OÖ auf den Weg gebracht. Noch bis zum 30. Juni des laufenden Jahres bietet das Land Oberösterreich diese einzigartige Finanzierung für Häuslbauer an.



Konkret ist es ein fixer Zinssatz von zwei Prozent mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die Hälfte wird vom Land OÖ getragen, beim Häuslbauer fällt somit nur ein Prozent als Zinssatz an.

insgesamt 1.509 Neuanträge auf Eigenheimförderung bei der Abteilung Wohnbauförderung eingebracht. Das stellt eine Steigerung von 8 Prozent im Vergleich zu 2016 dar.“ 906 der insgesamt 1.509 Antragsteller haben sich für die Fixzinsvariante entschieden.

„Auch wenn die Kreditzinsen derzeit für Häuslbauer so niedrig sind wie noch nie, so bietet das Land Oberösterreich mit diesem Fix-Zins-Darlehen in Zusammenarbeit mit der Hypo Oberösterreich

Sicherheit“, verweist Haimbuchner darauf, dass die Zinsen bei den Banken nicht immer auf einem so niedrigen Niveau bleiben. „Mit diesem Angebot hat der Häuslbauer eine gleich bleibende Rate, die sich auch dann nicht verändert, wenn sich das Umfeld verändern sollte.“ Konkret können Häuslbauer ein vom Land gefördertes Darlehen in Höhe von 50.000 bis 70.000 Euro erhalten. Die Eigenheimförderung des Landes ist mit Auflagen verbunden, etwa energiesparendes Bauen, aber auch eine Einkommensgrenze gibt es.

**1% Fixzins  
für 20 Jahre**

Mittels Kampagne „Ihre Kinder werden wachsen - Ihre Zinsen nicht!“ wird nunmehr das innovative Finanzierungspaket beworben. Bereits im Vorjahr sei es, so die Bilanz von Wohnbaureferent Haimbuchner, gut angenommen worden: „2017 wurden



Mit der Schwangerschaft bzw. Geburt beginnt ein neuer Lebensabschnitt voller (Vor-)Freude auf das Baby.

Kinder zu haben und zu erziehen ist eine schöne und anspruchsvolle Aufgabe, die selbstverständlich auch viele Verpflichtungen mit sich bringt. Darum tut das Land Oberösterreich alles, damit Familie auch gelingen kann. Das „OÖ. Familienpaket“ ist ein kleiner Baustein in Sachen familienfreundliches Oberösterreich. „Das OÖ. Familienpaket wird von den Familien besonders gut angenommen“, informiert Familienreferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner darüber, dass auch in diesem Jahr die Familienpaketmappe mit 14.000 Stück neu aufgelegt wurde. Alle Schwangeren und Jungfamilien erhalten wertvolle Informationen über die wichtigsten Phasen des Familienlebens, sowie über die Familienförderungen des Bundes und des Landes Oberösterreich.

### **Neues „OÖ. Familienpaket“ liegt auf!**

Auch der Antrag für die OÖ. Familienkarte ist darin zu finden. Ein beigelegtes Gutscheinheft bietet zusätzlich kleine finanzielle Starthilfen durch zahlreiche Betriebe an. Die Mappe soll aber auch als Begleiter des Kindes in Form einer Dokumentenmappe über das Babyalter hinaus von Nutzen sein“, betont Haimbuchner. Das „OÖ. Familienpaket“ kann von allen Schwangeren und Jungfamilien bei der Wohnsitzgemeinde gegen Vorlage des Mutter-Kind-Passes bzw. bei der Anmeldung des Neugeborenen abgeholt werden.



Landeshauptmann-Stv.  
Dr. Manfred Haimbuchner.



## Weiterer Anstieg:

## Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache



Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Bereits 8.225 Schüler ohne deutsche Muttersprache können dem Unterricht nicht folgen.“

Im heurigen Schuljahr gibt es in Oberösterreich 106.305 Schüler in allgemeinbildenden Pflichtschulen. Davon haben bereits rund 29.400 keine deutsche Muttersprache – umgerechnet 28 Prozent der Gesamtanzahl. Während die Schüler in den vergangenen Jahren insgesamt weniger wurden, ist der Anteil an Schülern nicht-deutscher Muttersprache konstant gestiegen.

**8**.225 Schüler ohne deutsche Muttersprache können dem Regelunterricht nicht folgen. Sie werden als außerordentlich geführt und erhalten eine spezielle Sprachförderung. Vor

acht Jahren (Schuljahr 2009/10) waren es noch 4.832. Das sind 41 Prozent weniger als heuer.

„Das bisherige Sprachfördersystem hat

versagt. Junge Erwachsene scheitern am Bildungsweg und im Berufsleben oft aufgrund von Sprachdefiziten“, zeigt FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr auf. „Das wird sich nun endlich ändern. Die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung wird die Reformunwilligkeit der früheren SPÖ-Bildungsminister beenden. Bereits ab dem kommenden Schuljahr sollen Kinder mit mangelnden Sprachkenntnissen verpflichtend in eigenen Deutschklassen unterrichtet werden. Laut den Plänen sollen betroffene Schüler erst in den Regelunterricht einsteigen, sobald sie die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.“

Für Klubobmann Mahr ist das dennoch nicht der Weisheit letzter Schluss. Für ihn braucht es eine Kurskorrektur in vielerlei Hinsicht, um die Fehlpolitik der vergangenen Jahre auszumerzen. Als weitere notwendige Maßnahme sieht er die verpflichtende Einführung der Schulsprache Deutsch. Dabei sollen Schüler auch außerhalb des Unterrichts – am Schulgelände oder beispielsweise bei Schulveranstaltungen – die deutsche Sprache verwenden müssen. „Im Unterricht wird gelernt, in den Pausen das Gelernte geübt“, unterstreicht Mahr seine Forderung.

## Land OÖ zahlt Zusatzversicherung

„Auch 2018 übernimmt das Land Oberösterreich die Kosten für die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Oberösterreichs“, gibt Feuerwehr-Landesrat Elmar Podgorschek bekannt. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf rund 200.000 Euro.



„Die Feuerwehren leisten jedes Jahr einen unbezahlbaren und enorm wertvollen Beitrag für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Mit der Über-

nahme der Zusatzversicherung können wir zumindest teilweise unseren Dank für die professionelle Hilfeleistung ausdrücken“, so Podgorschek.

In Oberösterreich konnte die FPÖ als ersten Schritt eine Empfehlung des Landesschulrates für die Schulsprache Deutsch an allen Allgemeinbildenden Pflichtschulen bewirken. Für weitergehende Maßnahmen sind gesetzliche Änderungen auf Bundesebene notwendig. „Für eine verpflichtende Umsetzung unserer freiheitlichen Forderung müssen bundesrechtliche Bestimmungen angepasst werden. Unter Berücksichtigung unseres umfassenden Rechtsgutachtens dürfte dem jedoch nichts entgegenstehen“, ist der freiheitliche Klubchef von seiner Maßnahme überzeugt.

**Feuerwehrwahlen 2018:**

## **Neue Herausforderung für viele neue Funktionäre**

*2018 ist das Jahr der Wahlen für Oberösterreichs Freiwillige Feuerwehren. Bei vielen Feuerwehren werden nicht nur die wählbaren Funktionen neu besetzt. „In der heutigen Zeit ist es nicht selbstverständlich, dass sich Mitglieder finden, die eine neue Funktion und somit auch Verantwortung übernehmen.“, so Feuerwehr-Landesrar Elmar Podgorschek*

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 6,47 Millionen Stunden freiwillig und ohne jegliche Bezahlung geleistet, um das Feuerwehrwesen nachhaltig zu sichern und den Schutz der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Zu diesen Stunden zählen unter anderem die Jugend- und Nachwuchsarbeit, die Aus- und Weiterbildung, die Eigenmittelaufbringung, die Wartung, Instandhaltung und Verwaltung sowie die Abwicklung von Leis-

tungsprüfungen und Bewerbungen.



Zu 63.205 Einsätzen – davon 16.487 Brände und Brandmeldealarme (ein Plus von 2.085 Einsätzen) und 46.718 technische Hilfeleistungen (ein Plus von 7.664 Einsätzen) – wurden im Vorjahr Oberösterreichs Feuerwehren alarmiert. Dem gegenüber stehen die 640.086 geleisteten Einsatzstunden (2016: 613.212), die zur Abarbeitung der Hilfeleistungen nötig waren.



## **Glückwunsch zum Nachwuchs**

*Die FPÖ Oberösterreich gratuliert Manfred Haimbuchner und seiner Frau Annette zur Geburt ihres Sohnes Otto.*

**Freiheitliche Arbeitnehmer:**

## **Gerhard Knoll als Obmann bestätigt**

Beim Landestag der Freiheitlichen Arbeitnehmer wurde VOEST-Betriebsrat, AK-Vorstand Gerhard Knoll mit 88,14 Prozent im Beisein von FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FA-Bundesobmann, Bundesrat Ing. Bernhard Rösch

mit 88,14 Prozent in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Betriebsrat Patrick Holländer, AK-Rat und Betriebsratsvorsitzender LAbg. Rudolf Kroiß, GR Olivera Stojanovic, BSc und Betriebsratsvorsitzender Dietmar Hochrainer.

„Ich bedanke mich für den Zuspruch für mich und meine Mannschaft. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für die Leistungsträger der Gesellschaft – das sind für uns alle arbeitenden Menschen – einsetzen“, betonte Knoll nach seiner Wiederwahl.

Landeshauptmann-Stv. Dr. Haimbuchner gratuliert FA-Obmann AKR Gerhard Knoll zu seiner Wiederwahl.



Aschermittwoch 2018:

# „Dem ORF glaubt man

*Bereits zum 27. Mal fand der politische Aschermittwoch der FPÖ in Ried statt. Es ist damit zur Tradition geworden, sich in der Jahnturnhalle zu treffen, um bei Bier und Heringsschmaus die Fastenzeit zu beginnen und den oft launigen und angriffigen Ausführungen der freiheitlichen Spitzenpolitiker zu lauschen. Auch heuer versammelten sich rund 2.000 Menschen in der ausverkauften Halle und wollten Vizekanzler HC Strache und Oberösterreichs FPÖ-Landesparteibmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner hören.*



HC Strache in seiner neuen Funktion als Vizekanzler in Ried.

Nach der Begrüßung durch den Rieder „Hausherrn“ Elmar Podgorschek war Manfred Haimbuchner am Wort und stellte sogleich klar: „Unsere Kinder sind unsere Erben und sonst niemand. Gäste, die sich gut verhalten – unabhängig ihrer Religion, ihres Aussehens, ihrer Herkunft – werden wir gut und mit Respekt behandeln. Die Erben dieses Österreichs – unserer Heimat – sind aber unsere Kinder und sonst niemand. Für unsere Kinder regieren wir und passen auf unser Land auf. Auf Europa, auf die Staatsgrenzen, auf die Nicht-Integrationswilligen, auf das Geld, auf die Gemeinden, auf die SPÖ und ein bisschen müssen wir auf die Türkis-Schwarzen aufpassen, dass sie den rechten Weg nicht verlieren.“

„Auf manche grüne Schwammerl müssen wir nicht mehr aufpassen, das macht der Pilz, der sich moralisch entsexualisiert hat. Aber auf den ORF müssen wir aufpassen, dass die nicht wieder das Gegenteil von der Realität berichten“, stellte Haimbuchner klar. „Am Schneidetisch des ORF wird die Wahrheit in so kleine Stücke geschnitten, dass nichts mehr von ihr übrig bleibt. Ein Ende der GIS-Gebühren bedeutet auch ein Ende der verdrehten Wahrheit.“

## ■ Kern ist „Reserve-Schulz“

„Genial gestartet ist ja auch der Meister des links-intellektuellen Slimfits und begnadete Pizzabäcker Kern“, bezeichnete Haimbuchner den roten Oppositionspolitiker „als Reserve-Schulz und Wunderwuzzi der SPÖ.“ Kern habe aus seiner Zeit bei den Bundesbahnen die Kunst der Entgleisung mitgebracht und sei jetzt am Rangierbahnhof gelandet. „Jetzt kann er mit den anderen Marxisten Postenschacher, Dienstwagen-DKT und Funktionärs-Mikado spielen.“ Es sei sinnlos, sich weiterhin mit Kern zu beschäftigen, der ja nur noch eine politische Comicfigur neben dem innenpolitischen Hauptprogramm ist. „Und

bei der ehemaligen ÖBB-Kern-Truppe räumen wir auf“, dankte Haimbuchner dem FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer, der den ÖBB-Aufsichtsrat „von schlecht qualifiziert auf hoch qualifiziert“ umstelle. Brigitte Ederers weinerliche Abschiedsvorstellung sei eine erbärmliche Aufführung der „Vereinigten-SPÖ-Bühnen“.

Die nervöse politische Linke führe eine Schlacht um Ämter und Personen. „Das wird euch nicht retten, nicht in Wien, nicht in Oberösterreich und nicht in Österreich. Auf euch liebe Linken in Österreich, die ihr euch auf der Titanic befindet, wartet der freiheitliche Eisberg“, kündigte Haimbuchner an, „dass wir Freiheitlichen noch härter arbeiten werden für unsere Heimat, für unsere Republik, für die Zukunft unserer Kinder. Unser gemeinsamer Weg ist noch lange nicht zu Ende.“

## ■ „Vor uns liegt noch ein weiter Weg“

Auch Vizekanzler HC Strache sparte in seiner Rede nicht mit Kritik an der Berichterstattung des ORF: „Mich wundert es nicht mehr, wenn Leute sagen: Dem ORF glaube ich nicht einmal mehr die Uhrzeit.“ Offenbar dürften einige Redakteure ihre politischen Vorlieben ungeniert ausleben. Im Hinblick auf die Regierungsarbeit stellte Strache klar: „Vor uns liegt noch ein weiter Weg, ein harter Weg. Aber so, wie wir die Oppositionsrolle gemeistert haben, werden wir auch die Regierung meistern!“



Die blaue Landesregierungsmannschaft mit Vizekanzler HC Strache.  
v.l.n.r.: Manfred Haimbuchner, HC Strache, Elmar Podgorschek, Günther Steinkellner



# nicht einmal die Uhrzeit“



„Drei, die sich gut verstehen.“  
Manfred Haimbuchner, HC Strache,  
Elmar Podgorschek



Dritte Nationalratspräsidentin **Anneliese Kitzmüller**  
mit Staatssekretär DDr. MMag. **Hubert Fuchs**.



Wiens FP-Stadträtin  
**Ursula Stenzel**.

„Am Schneidetisch des ORF  
wird die Wahrheit in so kleine  
Stücke geschnitten, dass nichts  
mehr von ihr übrig bleibt.“

Manfred Haimbuchner  
Landeshauptmann-Stv.



## Gratis-Vignette für Einsatzfahrzeuge

Zufrieden sind Feuerwehr-Landesrat Elmar Podgorschek und Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner über die Änderung der Mautordnung durch Verkehrsminister Ing. Norbert Hofer. „In Zukunft können alle Einsatzfahrzeuge gänzlich gratis auf unseren Autobahnen fahren.“

Konkret werden Fahrzeuge mit Blaulicht-Bescheid in Zukunft keine Vignettenmaut mehr bezahlen müssen. Bis dato war eine Aufhebung der Mautpflicht nur dann gegeben, wenn die Scheinwerfer bzw. Warnleuchten mit blauem Licht im Einsatzfall verwendet wurden. Hinkünftig bekommen unter anderem auch Wasserrettung und Bergrettung eine Gratis-Vignette für die Einsatzfahrzeuge.



„Gerade unsere Einsatzorganisationen leisten einen enormen Beitrag zur Sicherheit in unserer Heimat. Dass diese Leistungen zu einem Großteil von ehrenamtlichen Mitgliedern getätigt werden ist keine Selbstverständlichkeit. Daher ist es besonders wichtig, dass unsere Einsatzorganisationen nicht auch noch für das Fahren auf unseren Autobahnen zur Kasse gebeten werden“, so Podgorschek und Steinkellner einhellig.



Die beiden Landesräte Steinkellner und Podgorschek im OÖ. Landtag.



LH-Stv. Dr. Haimbuchner: „ORF muß gesamtreformiert werden.“

## Haimbuchner will die GIS-Gebühren abschaffen

*Der Landesparteiboss der FPÖ OÖ, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner tritt für ein Ende der GIS-Gebühren ein. Konkret will der FP-Chef eine Änderung der Finanzierung des ORF. „Derzeit muss jeder, der ein TV-Gerät besitzt – unabhängig davon, ob er ORF schaut oder nicht – die GIS-Gebühren bezahlen“, spricht sich Haimbuchner für eine Gesamtreform des heimischen TV-Senders aus.*

Der größten Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hatten in Österreich immer SPÖ und ÖVP. „Erkennbar ist das deutlich in der Berichterstattung – etwa in der ‚Zeit im Bild 2‘“, nennt Haimbuchner als Beispiel die manipulative Berichterstattung während des Tiroler Landtagswahlkampfes. „Das war eine Manipulation nach DDR-Muster.“ Für die FPÖ gelte nach wie vor, dass der ORF eine besondere Aufgabe habe. „Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk kann identitätsstiftend und integrierend für ein Land sein. Es spricht nichts dagegen, den öffentlich-rechtlichen Sendeauftrag aus dem allgemeinen Budget zu finanzieren. Diese Alternative würde dann auch ein Ende der GIS-Gebühren mit sich bringen“, so Haimbuchner.

„Die Bürger erwarten sich beim ORF eine

Änderung. Sie sind mit der kampagnisierten Meinungsmache unzufrieden. Denn es ist klar zu erkennen, dass in diesem ORF klar gegen eine rechts-liberal-konservative Wertehaltung agiert wird. Zu finden ist das quer durch alle Sendeformate – manchmal offensiv, manchmal unterschwellig. Wir haben Daten, dass es eine Verzerrung der Quantität in der Berichterstattung gibt. Es geht nicht um Einflussnahme. Es geht nicht darum, wie der ORF und die linke Journaille gerne behaupten, die FPÖ wolle im ORF die Macht übernehmen. Kein einziger Österreicher hat das Gefühl, dass wir Freiheitliche jemals durch den ORF bevorzugt wurden.“ Konkret soll, so der FP-Chef, mit einem anderen Finanzierungsmodell erreicht werden, dass sich der ORF anders einbringen muss. „Es geht auch um eine faire und respektvolle Berichterstattung, um einen normalen Umgang.“



# 2018 – das Jahr der Brückenbaustellen

*Arbeitsintensiv wird das laufende Jahr für das Infrastrukturressort. Nach den nötigen und wichtigen Brückenentscheidungen im Jahr 2017, ist 2018 das Jahr der Brückenbaustellen. Die Zeit des Wartens auf weitere Donauquerungen – vor allem im Linzer Raum – ist vorbei. Nach den Planungsphasen starten gleich drei große Infrastrukturprojekte in der Landeshauptstadt.*

Auch wenn es im Zuge der Baustellen zu Auswirkungen auf den täglichen Verkehr kommen wird, wurde versucht diese auf ein Minimum zu beschränken. Langfristig dienen diese wichtigen Projekte dazu, eine Verbesserung der Verkehrssituation zu schaffen. Sie sind nötig, um die künftigen Verkehrsströme bewältigen zu können.

Konkret erhält die VOEST-Autobahnbrücke zwei Bypassbrücken links und rechts der Hauptbrücke. Einerseits soll eine langfristig effizientere Verkehrsführung entstehen und andererseits die Sanierung der Hauptbrücke effizienter geregelt werden. Die Bauarbeiten laufen bereits seit Jänner.

Und nach langem Warten soll im Herbst mit den Arbeiten am Westring begonnen werden. Möglich ist dies auch durch das positive Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts zum Linzer Westring. Zuvor muss noch bis zum Spätsommer des Jahres der Bau der neuen Radhaupttroute zwischen Puchenau und Linz beendet werden.



Mag. Günther Steinkeller  
Infrastrukturlandesrat

Und das dritte Projekt ist die neue Eisenbahnbrücke Linz. Die Planungsphase ist abgeschlossen, die Behördenverfahren durchlaufen und die Finanzierung steht. Derzeit laufen die Vorarbeiten – wie etwa die Ausschreibungen für den Brückenbau für den Neubau. Mit dem Start der tatsächlichen Bauphase ist im Sommer zu rechnen.

Zu diesen wichtigen Projekten in Linz kommt noch eine weitere Brückenbaustelle – die Donaubrücke Mauthausen. Diese Sanierung ist unumgänglich. Durch intensive Bemühungen in der Vorlaufphase konnte eine effiziente Sanierungsmaßnahme gewählt werden, die geringstmögliche Verkehrsbehinderungen verspricht. Zusätzlich einigten sich die Länder Nieder- und Oberösterreich auf den Bau einer zusätzlichen, zweiten Donauquerung. Auch diese Planungsarbeiten laufen bereits.

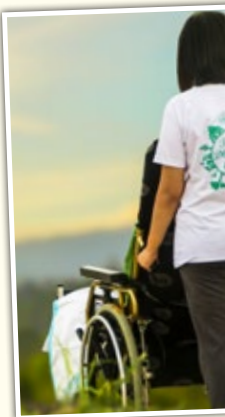


Bei den wichtigen Brückenprojekten bewegen sich die Kräne.

## Pflege:

## Jahrelange Untätigkeit

Seit 1. Jänner 2017 steht Fachsozialbetreuern kein Fachkräftestipendium mehr zu, „eine völlig unverständliche Entscheidung. Immerhin deckt dieses Berufsbild rund 80 % des Personals in der oö. Altenpflege ab“, verweist FPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Ulrike Wall darauf, derzeit nur mehr die vorwiegend in Krankenhäusern eingesetzten diplomierten Pflegekräfte Anspruch auf das Stipendium haben. „Während der Bedarf an Pflegepersonal steigt, wird es immer schwieriger, verfügbare Ausbildungsplätze zu besetzen. Maßnahmen gegen den drohenden Personalnotstand im Pflegebereich sind das Gebot der Stunde“, betont Wall und zählt einige ihrer Forderungen auf: „Die Schaffung eines Pflege-Lehrberufs, finanzielle Anreize für Berufsum- und Wiedereinsteiger und der Zugang zum Fachkräftestipendium, wie es ihn bis Ende 2015 gab, sind längst vonnöten.“



„Die Schlechterstellung von Fachsozialbetreuern in der Altenarbeit wurde unter dem ehemaligen SPÖ-Sozialministers Stöger beschlossen. Wiederholt haben wir in der Vergangenheit im Landtag darauf aufmerksam gemacht. Von Soziallandesrätin Gerstorfer war zur damaligen Zeit wenig Anstrengung zur Verbesserung der Situation zu erkennen. Dass sie nun plötzlich öffentlich dazu aufruft, das Gesetz zu ändern, ist völlig unglaublich und kommt leider mehr als ein Jahr zu spät“, kritisiert LAbg. Ulrike Wall abschließend die Polit-Show der SPÖ-Landesrätin.

Einstimmiger Beschluss im Oö. Landtag: Rechtliche Grundlage für Integrationsklassen an Sonderschulen wird gefordert.



LAbg. Mag.  
Silke Lackner

## ISZ-Schulen erhalten

*Einstimmig war der Beschluss im Landtag, die Integrationsklassen an Sonderschulen zu erhalten. „Integrationsklassen in dieser Form müssen in unserer Bildungslandschaft erhalten bleiben“, spricht sich FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner dafür aus, dass die Bundesregierung die nötigen rechtlichen Regelungen schaffen soll.*

„Dieses Schulmodell hat sich in der Vergangenheit gut bewährt“, soll der Schulversuch „Inklusive Klassen in Kompetenzzentren“ in den Regelunterricht übergeleitet werden. Seit rund 20 Jahren werden in Oberösterreich Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam mit nicht beeinträchtigten Kindern an Sonderschulen unterrichtet. Bisher basierte das lediglich auf einem sogenannten Schulversuch, welcher jedes Jahr neuerlich beantragt werden musste. Dieser läuft in Oberösterreich derzeit an ins-

gesamt elf Schulstandorten. Durch eine Gesetzesänderung im Vorjahr durch die damalige SPÖ-Bildungsministerin wurden Schulversuche jedoch auf maximal fünf Prozent pro Bundesland begrenzt. Die Umsetzung dieser Weisung würde dazu führen, dass Integrationsklassen an Oberösterreichs Sonderschulen nicht fortgeführt werden könnten. Der Schulversuch kann für das kommende Schuljahr also nicht mehr beantragt werden.

„Für uns ist das Aus dieser Integrati-

onsklassen nicht tragbar. Das aktuelle Modell ist ein unerlässlicher Beitrag zum Bildungserfolg. In diesen Schulen wird das gemeinsame Miteinander von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung gelebt. Für uns ist klar, dass die Wahlfreiheit und Schulautonomie hier Anwendung finden müssen.“ Lackner ist der Ansicht, dass auch mit einem Bekenntnis zur umfassenden Inklusion und mit einem Erhalt und der Stärkung des Sonderschulwesens es im Umkehrschluss möglich sein muss, „wenn es standortautonom gewünscht ist, dass es weiterhin integrative, inklusive Schulmodelle geben darf und soll.“ Oberösterreich stehe geschlossen hinter diesem Schulkonzept.



## Elternbildung gesichert

*Das von der SPÖ geführte Sozialressort hat die Förderung für die Elternbildung gestrichen.*

FPÖ-Landesparteiobermann Manfred Haimbuchner hat den Förderbetrag aus seinem Familienressort aufgebracht, damit das Angebot für Familien weiterhin aufrecht bleiben kann. „Es ist mir wichtig, dass Eltern für ihren Familien- und Erziehungsalltag fundiertes Wissen vermittelt bekommen. Familien verdienen eine bestmögliche Unterstützung. Es ist die

Pflicht der Politik, alles nur mögliche dafür zu tun, damit Familien sich in Oberösterreich wohl fühlen. Familien dürfen nicht Spielball dieser sozialistischen Politik sein.“

Für Haimbuchner habe Sozial-Landesrätin Gerstorfer mit ihren Streichorgien gezeigt, „dass es ihr nicht um die wichtigen Maßnahmen selbst geht, sondern sie mit Brachialgewalt wichtige Teile auch im Familienbereich komplett ausschalten wollte.“





## Mobile Einsatzdatenerfassung für Winterfahrzeuge

„Ziel der mobilen Einsatzdatenerfassung ist eine automatische Erfassung relevanter Einsatzdaten, die bisher von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern händisch erfasst und in der Folge manuell in die EDV eingegeben werden mussten. Besonders im Bereich des Winterdiensts ist die Einsatzdatenerfassung effizient und erspart viel Zeit“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

vorlegen zu können. Das Führen des Berichtes während der Einsatzfahrt stellt für die Fahrer der Winterdienstfahrzeuge einen zusätzlichen Zeitaufwand dar. Nach jedem Räum- und Streuabschnitt muss angehalten werden, um die gestreute Salzmenge, die Räumtätigkeit, den Fahrbahnzustand, die Witterung, die Temperatur etc. zu dokumentieren.

Mittels der mobilen Einsatzdatenerfassung werden die Einsatzstrecken, die Positionen des Schneepfluges, Streumengen, Fahrbahntemperaturen etc. erfasst, elektronisch gespeichert und mittels mobiler Datenübertragung an ei-

nen zentralen Server übermittelt. Durch Verschneidung der Positions- und Einsatzdaten mit der Straßendatenbank und dem Winterdiensteinsatzplan eines Fahrzeuges ist es möglich, einen automatischen Bericht zu generieren, ohne dass der Fahrer manuelle Aufzeichnungen führen muss. Rund 250 Fahrzeuge der Straßenmeistereien und externer Frächter sollen mit dem System bis Anfang Oktober 2019 ausgestattet werden. „Mit diesem Digitalisierungsprojekt ergeben sich zahlreiche Synergieeffekte, die in einem noch effizienteren Einsatzdienst der Straßenmeistereien resultiert“, so Steinkellner abschließend.

**B**isher musste von den Fahrern der Winterdienstfahrzeuge ein detaillierter Bericht über den durchgeführten Winterdienst geführt werden, um eine Dokumentation und Nachweis im Falle von Beschwerden bzw. Klagen über den durchgeführten Winterdienst

## Drogen in SPÖ-nahem Jugendtreff

In einem Jugendtreff der SP-Schülerorganisation „Aktion kritischer Schüler“ (AKS) in den Räumen der Bezirksgeschäftsstelle der SPÖ Wels – sollen zwei Aufsichtspersonen 14- bis 16-Jährige zum Konsum von Marihuana angestiftet haben.

Laut Polizei dürften die Jugendlichen dadurch erste Erfahrungen mit Drogen und dann als „Kleindealer“ eines großen Suchtgiftrings in den Jahren 2014 und 2015 gemacht haben. Insgesamt wurden 14 Großdealer, die mit 115 kg Cannabis gehandelt hatten, festgenommen. Ein Großteil der Beteiligten wurde mittlerweile rechtskräftig zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Aufsichtspersonen im Jugendtreff, ein 31-jähriger Mann und eine 41-jährige Frau, die offenbar die Weitergabe und Konsumation der Drogen in den Clubräumen duldete, wurden als Anstifter ausgeforscht und angezeigt. Bei-

de verweigern laut Polizei die Aussage, sie wurden bei der Staatsanwaltschaft Wels auf freien Fuß angezeigt.

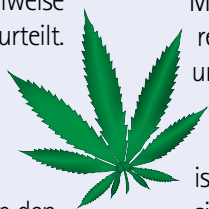
### „SPÖ kann die Gesundheit Ihrer Kinder gefährden“

FPÖ-Landesparteiobermann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fordert die restlose Aufklärung dieses Skandals und stellt die Frage, „wem in der SPÖ diese Drogenproblematik bekannt war. Auch wenn bekannt ist, dass die Sozialistische Jugend sich immer wieder damit hervortut, für eine Legalisierung von Cannabis einzutreten, so ist die Rechtslage in unserem



Land eindeutig und verbietet den Besitz und den Konsum dieser Droge.“

Und der Obmann der Freiheitlichen Jugend Bundesrat Michael Raml will von der SPÖ wissen, wie in Zukunft sichergestellt wird, dass in ihren Reihen keine Jugendlichen in die Drogenkriminalität geführt werden.“



## Landwirtschaft:

# Bauern sind der Regierung ein Anliegen

*Die neu Bundesregierung von FPÖ und ÖVP nimmt die Anliegen der Landwirtschaft in Österreich ernst: „Das Schicksal unserer Heimat ist eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Österreich kann nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken. Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft. Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft, den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln, für die Krisenversorgung und für die Erhaltung der Landeskultur. Der Arbeitsplatz Bauernhof ist ein hohes Gut. Die Struktur der bäuerlichen Familienbetriebe als Vollerwerbsbetriebe ist vor den Verzerrungen der europäischen Agrarförderpolitik zu schützen.“*



**D**azu zähle auch, dass man der fortschreitenden Entwicklung zur Hofauflassung Einhalt gebieten wolle und die Erzeugung ökologisch wertvoller und gesunder Lebensmittel im Mittelpunkt stehe.

Die Bundesregierung stellt auch klar: „Wir sprechen uns für eine vernünftige Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft im Sinne der unternehmerischen Freiheit aus. Eine Koexistenz konventioneller oder gar biologischer Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen ist jedoch nicht möglich.“ Um dann die Bestandsaufnahme zu schließen: „Österreich braucht freie Bauern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, die faire Preise erhalten und

somit nicht von Subventionen abhängig sind.“

Konkret wollten vor allem die Freiheitlichen Bauern in den Regierungsverhandlungen Verbesserungen bei den Ausgleichszahlungen für die ersten zehn und 20 ha, bei gleichzeitiger Reduktion für Großbetriebe. Auch die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel nach dem französischen Modell („Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“) wurde in die Verhandlungen eingebracht. Gleichzeitig sollen bessere Bedingungen für die Direktvermarktung geschaffen werden, indem man etwa Erleichterungen bei der Registrierkasse und praxistaugliche Hygienevorschriften schafft. Ein besonderes Anliegen der Freiheitlichen Bauern

war auch der Kampf gegen die überbordende Bürokratisierung der Landwirtschaft etwa durch die AMA. Hier sei eine Straffung unbedingt notwendig: statt fünf Prozent Kontrollen soll es nur mehr zwei Prozent Kontrollen geben und die AMA-Gütesiegelgebühren sollten verringert werden.

Ziel der neuen Bundesregierung ist demnach das Bekenntnis zu einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und flächendeckenden österreichischen Land- und Forstwirtschaft auf der Basis bäuerlicher Familien. Man einigte sich daher auf eine generelle Reduktion der Bürokratie für Klein- und Mittelbetriebe in allen Branchen. Auch Exportinitiativen für Agrarprodukte, Lebensmittel, Zuchtvieh, Forst- und Umwelttechnologie sollen gestartet werden.

Neben vielen weiteren Maßnahmen, die sich die Bundesregierung in der Landwirtschaftspolitik vorgenommen hat, soll auch eine Task-Force zur Behandlung der für die Zukunft unserer Land- und Forstwirtschaft zentralen Themenstellungen eingerichtet werden, die immer wieder die Zielvorgaben im Regierungsprogramm anpassen und überprüfen soll. Vor allem die langfristige Ausrichtung und die Weiterentwicklung der GAP nach 2020, die Fragen Einheitswert und Sozialversicherung, sowie die Evaluierung und Weiterentwicklung des AMA-Gütesiegel und des AMA-Marketing sollen hier Thema werden.





## 1 Mio. Euro für rund 1.000 neue Park-and-Ride-Stellplätze

*Infrastrukturressort sorgt gemeinsam mit den ÖBB und den Standortgemeinden für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs.*

„Wir werden die Hauptachsen des öffentlichen Personennahverkehrs weiter ausbauen. Mit zusätzlichen, leistungsfähigen Park-and-Ride-Anlagen mit knapp 1.000 zusätzlichen Stellplätzen wird die Basis hierfür geschaffen“, so der Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

Die ÖBB Infrastruktur AG schließt mit Ländern und Standortgemeinden bundesweit Übereinkommen zu Planung, Errichtung und dem Betrieb von Park-and-Ride-Anlagen.

Mit standardisierten Rechten, Pflichten und einheitlichen Finanzierungsschlüssen gelten diese Verträge als Grundlage. 50 % der Gesamtkosten tragen dabei die ÖBB, der Landesanteil und jener der Standortgemeinden beträgt jeweils 25 %.

Konkret werden durch einen Regierungs- und Landtagsbeschluss Planungsübereinkommen mit den ÖBB für zusätzliche Kapazitäten im Aus-

maß von 651 PKW-, 195 Fahrrad- und 30 Mopedabstellplätzen auf den Weg gebracht. Dies betrifft die Standorte Redl-Zipf, Grieskirchen-Gallspach, Nöstlbach-St.Marien, Pregarten, Bad Schallerbach-Wallern, Linz-Urfahr, Ottensheim, Rottenegg-Walding und Ried im Innkreis. Hierfür werden Gesamtkosten in Höhe von 1,7 Mio. Euro avisiert. Der Landesanteil beläuft sich dabei auf 425.000 €.

An den Verkehrsstationen Braunau am Inn, Kematen an der Krems, Kirchdorf an der Krems, Lengau, und Neuhofen an der Krems sind die Planungen für 310 PKW-, 246 Fahrrad- und 30 Mopedstellplätze bereits abgeschlossen. Für die Realisierung dieser Park-and-Ride-Anlagen im Zeitraum von 2018-2021 fällt eine Investitionssumme von insgesamt 2,3 Millionen Euro an. 575.000 Euro beträgt für diese Umsetzungen der Landesbeitrag, der nun durch Landesregierung und Landtag freigegeben werden wird.

## Familienbeihilfe ins Ausland wird angepasst

*Die Reduktion der Familienbeihilfe ins Ausland wurde Anfang Jänner beschlossen. Diese wird in der jetzigen Form nicht mehr stattfinden und eine Einsparung von über 100 Mio. Euro bringen.*

FPÖ-Vizekanzler HC Strauche sprach in diesem Zusammenhang von einer „Indexierung der Familienbeihilfe“, also eine Anpassung der Lebenshaltungskosten an die jeweiligen Staaten. Es sei ungerecht, wenn die österreichische Familienbeihilfe, die ins Ausland bezahlt wird, so hoch wie das Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers in einem anderen Staat ist.



„Bei allen Vorhaben verfolgen wir ein klares Wirkungsziel. Das ist die Entlastung des Straßenverkehrs gerade im Ballungsraum. Besonders für die Pendlerinnen und Pendler aus den ländlichen Gebieten schaffen wir ausgezeichnete Umstiegsmöglichkeiten“, wirbt Steinkellner für den öffentlichen Verkehr. „Aus meinem Ressort stelle ich für dieses Paket rund 1 Mio. Euro zur Verfügung“, unterstreicht der Landesrat abschließend.

### UNSER Angebot für EURE Kinder!



#### ZEITKINDER

Selbst bei einem gut funktionierenden Netzwerk kann es einmal vorkommen, dass Eltern spontan jemanden brauchen, der auf den Nachwuchs aufpasst, aber auch die Großeltern nicht verfügbar sind.

Wir bieten stundenweise Betreuung. In dieser Zeit können die Mamas Behördengänge, Einkäufe oder sonstiges erledigen. Und wenn's mal nur ein gemütlicher Kaffee in entspannter Atmosphäre oder ein Frisörbesuch ist, für den der Babysitter fehlt!

#### Zwickeltag-Betreuung

5 Wochen Urlaub reichen nicht aus, um alle schulfreien Tage unterzubringen? Kein Problem, wir betreuen eure Kids!

Termine: 3. April (Osterdienstag), 30. April (Staatsfeiertag), 4. Mai (Landespatron), 11. Mai (Christi Himmelfahrt), 22. Mai (Pfingstdienstag), 1. Juni (Fronleichnam)

Die Betreuung ist von 7:30 bis 13 Uhr möglich.

Unkostenbeitrag: 15 Euro pro Kind

**Abenteuer Familie**  
Maria-Theresia-Strasse 11  
4600 Weis  
[www.abenteuerfamilie.info](http://www.abenteuerfamilie.info)





## Neues Integrationsleitbild: Überarbeitung in Endphase

Die Herausforderungen im Integrationsbereich haben sich in den vergangenen Jahren geändert. Insbesondere im Asylbereich besteht großer Aufholbedarf.

Ein klares Regelwerk für den Aufenthalt in unserem Land ist unentbehrlich. Das Oö. Integrationsleitbild bildet dafür eine solide Grundlage. Jedoch ist die aktuelle Fassung längst nicht mehr zeitgemäß. Sie wurde 2009 das letzte Mal überarbeitet und ist gespickt mit „Multi-Kulti“.

„Wir justieren hier jetzt nach. Noch heuer schließen wir die Überarbeitung des Integrationsleitbildes ab, bei der wir unsere christlich-abendländische Leitkultur klar in den Vordergrund rücken“, kündigt FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr an.

Aufbauend auf die gelebten Werte der autochthonen Bevölkerung Österreichs soll das neue Leitbild verdeutlichen, wie Integration in einer demokratischen Gesellschaft gelingen kann. Die FPÖ geht damit gezielt gegen die Entstehung von Parallelgesellschaften vor.

„Fremde müssen unsere Sprache erlernen, unsere Werte akzeptieren und bei Verstößen gegen unsere Regeln mit Sanktionen rechnen. Wenn jemand Integration verweigert, darf das in Zukunft nicht ohne Folgen bleiben. Wer in unserem Land lebt, hat seinen Beitrag zu leisten“, betont der freiheitliche Klubchef.

Mit dem überarbeiteten Leitbild lenkt die FPÖ die Integrationspolitik in richtige Bahnen. Wie in der Vergangenheit nur gut zuzureden, ist für die Freiheitlichen ganz klar der falsche Weg. Die praxisnahe Neufassung wird maßgeblich zur nachhaltigen Integration beitragen.



Für FP-Landeschef Dr. Manfred Haimbuchner (re.) stehen österreichische Familien im Vordergrund.

Bild: Land OÖ/Sandra Schauer, Verwendung nur mit Quellenangabe

## „Familienbonus Plus“ ist ein Meilenstein

Zufrieden ist FPÖ-Landesparteioobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mit dem „Familienbonus plus“. „Das ist ein wichtiger Meilenstein für die österreichische Familienpolitik. Es ist ein klares Signal in die richtige Richtung. Damit werden in erster Linie Familien unterstützt, die in Österreich leben, hier ihren Lebensunterhalt verdienen, Steuern zahlen und damit einen wichtigen Beitrag für die heimische Volkswirtschaft leisten“, betont Familienreferent Haimbuchner.

Laut Finanzministerium gelte der beschlossene „Familienbonus Plus“ für etwa 700.000 Familien mit 1,2 Mio. Kindern. Der Bonus kann jedoch nur für jene Kinder geltend gemacht werden, die auch tatsächlich in Österreich leben. „Auch wenn mit der Einführung des ‚Familienbonus Plus‘ der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten gestrichen werden, bedeutet dies unterm Strich über eine Milliarde Euro mehr für

die Familien in Österreich“, ist es für Haimbuchner eine treffsichere Regelung.

Mit dieser Entlastung wird ein großer Schritt hin zu einem gerechteren Steuersystem für Familien getätigt. „Familien brauchen Gestaltungsmöglichkeiten durch finanziellen Spielraum. Als Familienreferent begrüße ich diese Maßnahme“, betont Haimbuchner.



### ■ Eckpunkte zum „Familienbonus Plus“:

Ab 1. Jänner 2019 erhalten Familien, die Einkommenssteuer zahlen, pro Kind (bis zum 18. Lebensjahr) und Jahr eine Steuergutschrift von 1.500 Euro. Dieser Bonus wird direkt von der Steuerlast abgezogen. Damit wandern bis zu 1.500 Euro direkt in die Geldbörse der Familien. Als Beispiel zahlt ein Verdiener mit einem Bruttoeinkommen von monatlich 1.700 Euro keine Steuern mehr. Für jene, die keine Steuern zahlen und damit nicht in den Genuss des „Familienbonus Plus“ kämen, soll der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag erhöht werden. Für Eltern mit studierenden Kindern ab dem 18. Lebensjahr, die vom „Familienbonus Plus“ sohin nicht erfasst sind, wird es ebenso eine Regelung geben.



# 100 Jahre – Frauen haben Recht



Bundesrätin Rosa Ecker, Landtagsabgeordnete Mag. Silke Lackner, Carmen Pühringer, Marianne Hacker und Landtagsabgeordnete Sabine Binder

2018 ist vom 100-Jahre-Frauen-Wahlrecht geprägt und der Internationale Frauentag war Anlass für einige sehr gut besuchte Veranstaltungen der Initiative Freiheitliche Frauen, so die Landesobfrau der iFF, Bundesrätin Rosa Ecker.

In Wels gab es einen Kinoabend exklusiv für die iFF im panoptikum. Gezeigt wurde der Film „Sufragette – Taten statt Worte“, der alle Besucherinnen stark beeindruckte und berührte. „Es war eine Zeitreise in eine andere Welt. Eine, die

sich Frauen heute nicht mehr vorstellen können und wollen. Gleichzeitig wurde bewusst, dass unsere Rechte nicht selbstverständlich sind, sondern beharrlich erkämpft wurden“, so die übereinstimmende Meinung der Frauen.



## Gemeindeaufsicht wird reformiert

Nach den Missständen in St. Wolfgang wird der für die Gemeindeaufsicht zuständige FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek nun Reformen umsetzen.

Der Landesrechnungshof ist bei der Prüfung der Gemeindeaufsicht zu dem Schluss gekommen, dass vor 2015 bisweilen der politische Wille zur Aufsicht gefehlt habe. Änderungen in Prüfberichten seien nicht immer nachvollziehbar gewesen, teils hätten sich auch nicht zuständige Regierungsmitglieder eingemischt. Die Gemeinde St. Wolfgang habe sogar nach der Verhängung eines Förderungsstopps weitere Bedarfszuweisungen erhalten.

Die Beratung der Kommunen in finanziellen Fragen, zum Beispiel in der Voranschlagsprüfung oder in der Unterstützung bei der doppelten



Sicherheits-Landesrat  
KommRat Elmar Podgorschek

Bild: Land OÖ

Buchhaltung und die Prüfung, werden strikter voneinander getrennt als bisher. „Denn auch in der Bankenwelt ist die Revision nicht in der Buchhaltung beheimatet“, so Podgorschek.

Zusätzlich wird die Zweigleisigkeit bei Prüfungen, einerseits durch die Bezirkshauptmannschaft, andererseits durch die Direktion „Inneres und Kommunales des Landes“, abgeschafft. Die zuständige Bezirkshauptmannschaft wird nun die beratenden Tätigkeiten übernehmen, die Direktion „Inneres und Kommunales“ die Prüfung. Um möglichst rasch die Reformen umzusetzen, will Podgorschek eine Prüfergruppe etablieren, die die oberösterreichischen Gemeinden unter die Lupe nimmt.



# Österreichs Zukunft

– EIN OFFENES WORT –

## Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Seit Jahresbeginn 2018 hat die neue Bundesregierung viele positive Reformen eingeleitet. Einigen einflussreichen Kreisen im Land gefällt das gar nicht. Dafür gibt es umso mehr positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Erinnern Sie sich noch zurück an Rot-Schwarz? Täglicher Streit, eine inhaltliche Lähmung und negative Rekorde in sämtlichen Politikfeldern waren an der Tagesordnung. Damit ist jetzt Schluss! Und das ist gut so!

Alle kommenden Reformen sind das Ergebnis von zähen Verhandlungen gewesen. Unterm Strich war es für uns wichtig, dass Österreich als Gewinner herauskommt. Das heißt:

- Verschärfung der Asylpolitik
- Stopp der illegalen Migration
- Sicherheitsoffensive
- Strafrechtsverschärfung
- Steuerliche Entlastung
- Mehr Geld für Familien
- Deutsch vor Schule
- Erhöhung Mindestpension
- Mehr direkte Demokratie
- Weniger EU-Bevormundung
- Kampf dem politischen Islam
- ORF-Reform u. v. a. m. ...

Nicht verhandelbar für die ÖVP war dabei aber das umstrittene CETA-Handelsabkommen! Schon 2017 wurden gegen unsere Stimmen weite Teile davon umgesetzt. Immer wieder wurde auch unsere Forderung nach einer Volksabstimmung abgelehnt. Als Demokraten haben wir dies akzeptiert. Sonst hätte Österreich weiter unter einer rot-schwarzen Regierung leiden müssen. Nur so können wir jetzt unsere zahlreichen Forderungen unter anderem zu den Themen Zuwanderung und Asyl umsetzen. Denn wir wollen, dass wir Österreicher Herr im eigenen Haus bleiben.

Wir bringen Österreich wieder auf die Überholspur. Unsere geliebte Heimat hat sich eine gute Zukunft verdient. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort!

Ihr

Vizekanzler Heinz-Christian Strache

FPÖ-Bundesparteiobermann

Lesen Sie mehr unter

[www.fpoe.at/oesterreichszukunft](http://www.fpoe.at/oesterreichszukunft)